

► Allgemeines

Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zum Leben in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität in Deutschland. Die Anzahl der Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität ist schwer zu ermitteln. Nach der jüngsten Studie des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts vom 16.9.2009 ist von 200 000 bis 460 000 Personen auszugehen. Verursacht wird die unsichere Datenlage dadurch, dass die Betroffenen aufgrund der rechtlichen Situation so wenig wie möglich in Erscheinung treten. Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität meiden den Kontakt mit öffentlichen Stellen, um so einer Offenlegung ihres Status und einer drohenden Ausweisung zu entgehen. Hierdurch erlangen Sie keinen Zugang zu elementaren Lebensbereichen, wie beispielsweise medizinischer Versorgung, schulischer Bildung und Gerichten. Dies führt dazu, dass trotz der in den letzten Jahren stetig gewachsenen und von der öffentlichen Diskussion geforderten Unterstützung eine große Versorgungslücke für Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität bleibt. Es geht darum, Notsituationen zu entschärfen, schwerwiegende physische und psychische Verletzungen zu verhindern sowie elementare Grundrechte, wie das Recht auf Bildung, umzusetzen. Die Grundrechte, jedem Menschen in einer Notsituation ein Mindestmaß an Beistand und ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, sind in Deutschland nicht nur durch das Grundgesetz garantiert, sondern auch durch völkerrechtliche Verträge. In: <http://www.bagfw.de/veroeffentlichungen/stellungnahmen>. Quelle: *Stellungnahme der BAGF vom 9.12.2009*

Jahresbericht 2008/2009 „Auswanderung“ des Bundesverwaltungsamtes (BVA) vorgestellt. Insgesamt verzeichnete das Statistische Bundesamt im Berichtszeitraum Fortzüge in das Ausland von rund 738 000 Personen. Dies sind etwa 100 000 Personen mehr als im Jahr 2007. Hier von sind im Jahr 2008 nach bisherigem Stand 174 759 Personen deutsche Staatsangehörige, im Vorjahr waren es 161 105 Personen. Der Trend steigender Auswanderungszahlen hält demnach ununterbrochen an. Insgesamt gingen im vergangenen Jahr sogar etwa 66 000 Deutsche mehr ins Ausland als nach Deutschland zurückkehrten. Der damit zu verzeichnende negative Wanderungssaldo liegt mithin im Trend der Vorjahre. Häufig werden in den Medien Beispiele erfolgreicher Auswanderungen vorgestellt, jedoch zeigen zahlreiche Anfragen aus der Praxis der Informationsstelle des Bundesverwaltungsamtes sowie der Beratungsstellen oft das Gegenteil. Danach werden aus ehemaligen Auswanderern zunehmend Rückkehrer und aus Auslandsvorhaben gescheiterte Projekte. Beispiele werden in den Medien bisher nur in Ausnahmefällen dargestellt. Teilweise wird von Fernsehsendern dem Auswanderungswilligen ein verzerrtes Bild über die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Ausland vermittelt, ohne dass auf

etwaige Risiken eingegangen wird. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Weltwirtschaftskrise erscheint diese Vorgehensweise fragwürdig. Aus diesem Grund kommt der Informationsstelle im BVA und dem deutschlandweiten Beratungsstellennetzwerk der Wohlfahrtsverbände eine besondere Bedeutung zu. Neben der in den Beratungsstellen üblichen Beratung haben diese verstärkt Aufklärungsarbeit zu leisten. Damit nehmen sie quasi eine Präventivfunktion wahr, deutsche Auswandernde auch vor dem Hintergrund des Auswandererschutzgesetzes aufzuklären und vor der Realität zu schützen. In: www.auswandern.bund.de. Quelle: *Pressemitteilung des Bundesverwaltungsamtes vom 22.12.2009*

Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerlichen Engagements in Deutschland. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Selbstverlag. Berlin 2009, 221 S., kostenlos *DZI-D-8895* Im Juli dieses Jahres beschloss das Bundeskabinett Eckpunkte einer Strategie, um das bürgerschaftliche Engagement nachhaltig zu stärken – ein Ziel, für das die Engagementforschung von großer Bedeutung ist. So untersucht dieser vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) erstellte Bericht die Struktur und die Entwicklung des dritten Sektors insbesondere auf ehrenamtliche Tätigkeiten im Kontext ziviler Organisationen, Verbände, Stiftungen und Kirchen. Den Schwerpunkt bildet der Bereich der familiennahen Unterstützungsformen, wie zum Beispiel die Hilfen für Kinder und die Pflege älterer Menschen. Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse erfolgen schließlich Empfehlungen zur Gestaltung der staatlichen, länderbezogenen, kommunalen sowie organisations- und unternehmensbezogenen Engagementpolitik. Bestelladresse: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, Fax: 0 18 05/77 80 94, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de, Internet: www.bmfsfj.de

Deutscher Sozialpreis 2010. Für herausragende journalistische Beiträge zu sozialen Themen verleiht die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) in Berlin auch dieses Jahr wieder den mit 15 000 Euro dotierten Deutschen Sozialpreis. Die Ausschreibung gilt für Veröffentlichungen in Printmedien, Hörfunk oder Fernsehen aus dem Jahr 2009, deren Intention darin besteht, das gesellschaftliche Bewusstsein für die Situation notleidender oder sozial benachteiligter Menschen in Deutschland zu stärken. Mit jeder Bewerbung können bis zu drei thematisch abgegrenzte Arbeiten eingereicht werden. Nicht gefragt sind wissenschaftliche oder fiktionale Texte sowie Gesprächsrunden. Wer sich für den Wettbewerb interessiert, findet weitere Informationen und die Anmeldeformulare im Internet unter www.bagfw.de. Einschluss ist der 1. März 2010. Quelle: *Pressemitteilung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vom Januar 2010*

► Soziales

Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für Ältere wurde häufig umgangen. In den drei Monaten, bevor die Verkürzung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengelds für Ältere im Februar 2006 in Kraft trat, stieg die Zahl der Arbeitslosen in der betroffenen Alters-

gruppe zum Teil auf das Doppelte an. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der University of Nottingham. Im Februar 2006 wurde die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengelds für Personen ab 57 Jahren um 14 Monate verringert. In der betroffenen Altersgruppe stieg die Zahl derer, die arbeitslos wurden, in den drei Monaten vor der Reform um 120 Prozent an. Im Zeitraum danach bis Ende 2007 wurden Ältere wieder seltener arbeitslos. Ein beträchtlicher Teil der gesunkenen Zahl an Arbeitslosmeldungen Älterer dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Kündigungen in die Monate vor der Reform vorgezogen wurden, so die Arbeitsmarktforscher. Im Vergleich zum Vorreform-Zeitraum hätte die Bundesagentur für Arbeit alleine durch die kürzere Bezugsdauer jährlich mehr als 3,5 Mrd. Euro gespart – wenn die Reform nicht 2008 teilweise wieder zurückgenommen worden wäre. In dieser Rechnung nicht berücksichtigt sind allerdings die Mehrkosten, die infolge der Reform an anderer Stelle entstanden wären, zum Beispiel beim Arbeitslosengeld II. Bis zu einer weiteren halben Mrd. Euro jährlich wäre womöglich zusätzlich im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit eingespart worden, wenn die Neuregelung auf Dauer zu weniger Kündigungen von Ältern geführt hätte. In welchem Umfang dieser Effekt eingetreten wäre, könnte aber nicht bestimmt werden, räumen die Forscher ein. In: <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb3009.pdf>. Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 17.12.2009

Ein Zehntel der Bevölkerung ist auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, erhielt am Jahresende 2007 beinahe ein Zehntel der deutschen Bevölkerung (8,1 Mio.) soziale Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung oder finanzielle Hilfen für Asylsuchende und Kriegsopfer. Somit ist der Anteil gegenüber dem Jahresende 2006 (8,3 Mio.) nur geringfügig gesunken. Weiterhin seien die betreffenden Formen der Unterstützung in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern deutlich häufiger in Anspruch genommen worden als in Bayern und Baden-Württemberg. Den Angaben zufolge entfiel der größte Teil der Kosten mit 36,3 Mrd. Euro für 7 Mio. Personen auf die Hartz-IV-Zuwendungen Arbeitslosengeld II und Sozialgeld. Grundsicherung für ältere oder erwerbsgeminderte Menschen nach SGB XII sei im Umfang von brutto 4,1 Mrd. Euro an etwa 821 000 Berechtigte ausgezahlt worden. Asylsuchende bezogen laut Statistik im gleichen Zeitraum brutto 0,8 Mrd. Euro. Da die Daten für die Kriegsopferfürsorge nur alle zwei Jahre erhoben werden, liegen hiefür keine aktuellen Ergebnisse vor. Insgesamt seien im Jahr 2007 Sozialausgaben von 41,6 Mrd. Euro entstanden. Quelle: Mitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 30. November 2009

Sozialmonitoring – Steuerung des demografischen und sozialen Wandels. Hrsg. Jürgen Hartwig. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2009, 198 S., EUR 16,90 *DZI-D-8933* Anlässlich des 14. Europäischen Verwaltungskongresses, der im Dezember 2008 in Bremen stattfand, wurde ein zweitägiges Fachforum Sozialmanagement zum Thema der Steuerung des sozialen Wandels unter besonderer

Berücksichtigung der kommunalen Ebene durchgeführt. Die in diesem Sammelband zusammengestellten Beiträge befassen sich mit den Herausforderungen an die Sozialpolitik, die Sozialverwaltung und die Freie Wohlfahrtspflege sowie mit konkreten Steuerungsansätzen aus der nationalen und internationalen Praxis. Diese umfassen beispielsweise das Stadtmonitoring in Bremen, den „Demografie-Check“ in Potsdam, Konzepte zur Armsvermeidung Arbeitsloser in Groningen und Programme der Armsreduzierung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Dabei besteht die Funktion des Sozialmonitorings darin, durch kontinuierliche Beobachtung gesellschaftliche Entwicklungen zu messen, um die Wirksamkeit der jeweiligen Maßnahmen überprüfen zu können. Ergänzt durch Statements von verbandsinternen und wissenschaftlichen Fachkräften und einer Handlungsanleitung für die Erstellung von Sozialindikatoren bietet die Handreichung Orientierungshilfen für die Gestaltung des Sozialmonitorings in seiner theoretischen und praktischen Dimension. Bestelladresse: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Internet: www.deutscher-verein.de

► Gesundheit

Fehlzeiten-Report 2009 vorgestellt. Die Zahl der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die wegen psychischer Erkrankungen im Job ausfallen, ist in den letzten Jahren rasant gestiegen. Wie aus der Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) hervorgeht, waren die 9,7 Mio. AOK-versicherten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen durchschnittlich jeweils 17 Tage krankgeschrieben. 2007 waren es noch 16,3 Tage. Für die Zunahme der Fehlzeiten seien neben einem Anstieg von Krankheiten des Atmungssystems die seit Jahren zunehmenden Fälle psychischer Erkrankungen verantwortlich. Diese verursachen zugleich die längsten Ausfallzeiten. Fehle ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin aufgrund einer Atemwegserkrankung durchschnittlich 6,4 Tage, seien es bei einer psychischen Erkrankung 22,5 Tage. Die Erkrankung stelle sowohl für Betroffene als auch für das Unternehmen eine große Belastung dar. Der Report zeigt auf, wie Unternehmen die Gesundheitsressourcen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken und Belastungen am Arbeitsplatz reduzieren können. Eine darin vorgestellte Studie, die knapp 2 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erfasst, zeigt, dass Arbeitsplatzsicherheit häufig mit einem höheren Arzneimittelverbrauch, vermehrtem Alkoholkonsum, aber auch mit weniger sozialen Kontakten verbunden ist. Auch seien mehr als 70 % der befragten gesetzlich krankenversicherten Beschäftigten 2008 krank zur Arbeit gegangen oder hätten zur Genesung das Wochenende abgewartet. Der Fehlzeiten-Report präsentiert ausgewählte Projekte wie ein Konzept zur Förderung des Stress- und Ressourcenmanagements. In: www.wido.de/fzr_2009.html. Quelle: Pressemitteilung des WIdO vom 5.11.2009

Selbsthilfegruppen für Menschen mit Demenz im Anfangsstadium. Seit wenigen Jahren organisiert die Deutsche Alzheimer Gesellschaft in mehreren deutschen Städten Gesprächsgruppen für Menschen mit einer Demenz im Anfangsstadium. Diese bieten einen Rahmen für den Austausch über krankheitsbezogene Themen, Hilfen im Alltag sowie berufliche, finanzielle und rechtliche Fragen.

Am 8. Dezember 2009 fand in Kassel ein Workshop statt, an dem einige Gruppenleiterinnen und zwei Teilnehmende über die Implementierung des neuen Kommunikationsforums diskutierten. Wichtig sei es, die Betroffenen in die Hilfeprozesse miteinzubeziehen, die Anzahl der Angebote bundesweit zu erhöhen und dauerhafte Finanzierungsmöglichkeiten bereitzustellen. Die Zahl der Alzheimer-Kranken werde sich ohne einen Durchbruch in der Therapie bis zum Jahr 2050 von 1,2 Mio. auf 2,6 Mio. mehr als verdoppeln. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft 12.2009*

Wenn Töchter nicht mehr pflegen. Geschlechtergerechtigkeit in der Pflege. Von Heike Gumpert. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Selbstverlag. Bonn 2009, 36 S., kostenlos *DZI-D-8930*

Laut der Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2007 68 % der Pflegebedürftigen zuhause versorgt, wobei genderspezifische Untersuchungen zeigen, dass nicht nur die private, sondern auch die berufliche Pflegearbeit überwiegend von Frauen verrichtet wird. Um diesem Ungleichgewicht entgegenzuwirken, befasst sich diese Broschüre mit geschlechterpolitischen Ansätzen für eine egalitäre Verteilung der mit der Pflege von Angehörigen entstehenden Aufgaben. Neben der Entprivatisierung und Professionalisierung des Sektors sowie gesetzlichen Regelungen zur Eindämmung der Lohndiskriminierung sei es wichtig, die Datenlage zu verbessern und durch gezielte arbeitspolitische Maßnahmen die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu unterstützen. Bestelladresse: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 02 28/883 92 05, Internet: www.fes.de/wiso

Projekt für Kinder suchtkranker Eltern. In Deutschland lebt etwa jedes fünfte Kind vorübergehend oder dauerhaft in einer Familie, in der mindestens ein Elternteil von einem Suchtproblem betroffen ist. Das von Konflikten geprägte soziale Umfeld stellt für die Kinder ein Risiko dar, später selbst an einer Suchtstörung zu erkranken. Um den Erkenntnisstand über präventive Maßnahmen zu erweitern, wurde deshalb das vom Bundesgesundheitsministerium geförderte Projekt „Trampolin“ entwickelt, das gefährdeten Kindern zwischen acht und zwölf Jahren die nötigen Kompetenzen zum Umgang mit der elterlichen Suchtbelastung vermitteln möchte. Auf dem Programm stehen neben einem Stressbewältigungstraining die Unterrichtung über mögliche Folgen von Alkohol- und Drogenkonsum und die Stärkung der Resilienzen und des Selbstwertgefühls der Kinder. Das im November 2009 in Hamburg angelaufene Projekt wurde vom Deutschen Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und dem Deutschen Institut für Sucht- und Präventionsforschung an der Katholischen Hochschule NRW konzipiert. Ab Februar 2010 ist eine Ausweitung auf bundesweit 20 Beratungsstellen geplant. In: www.projekt-trampolin.de. *Quelle: Impulse 12.2009*

► Jugend und Familie

Steuerratgeber hilft Eltern behinderter Kinder. Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. hat sein jährlich neu erscheinendes Steuermerkblatt für Familien mit behinderten Kindern aktualisiert.

Das Merkblatt folgt Punkt für Punkt dem Aufbau der Formulare für die Steuererklärung 2009. So kann diese schrittweise und schnell bearbeitet werden. Das Steuermerkblatt 2009/2010 berücksichtigt unter anderem die Änderungen, die sich durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zum 1. Januar ergeben haben. Dazu gehört zum Beispiel die Erhöhung des Kindergeldes. Eingegangen wird ferner auf den gestiegenen Grenzbetrag der Einkünfte und Bezüge, den erwachsene Kinder nicht überschreiten dürfen, damit ihre Eltern Kindergeld beziehen können. Erstellt wird außerdem, unter welchen Voraussetzungen eine Auszahlung des Kindergeldes an das Sozialamt erfolgen kann. Das Steuermerkblatt steht im Internet unter www.bvkm.de in der Rubrik „Recht und Politik“ kostenlos als Download zur Verfügung. *Quelle: Pressemeldung des BVKM vom 5.1.2010*

Jugendgewalt: Was leisten Trainings, Kurse und Seminare? Dokumentation. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2008, 67 S., kostenlos *DZI-D-8945*

Im Oktober 2008 wurden im Rahmen einer Tagung der Landeskommision „Berlin gegen Gewalt“ und der Friedrich-Ebert-Stiftung verschiedene Angebote zum Umgang mit Aggression und Gewalt junger Menschen vorgestellt. Im Mittelpunkt standen Methoden, die in unterschiedlichen Kontexten – zum Beispiel in der Jugendhilfe, in Jugendstrafanstalten und in Schulen – Anwendung finden, wie unter anderem Anti-Gewalt-Training, Konfliktmanagement, Anti-Aggressivitäts-Training, Coolness-Training, Konfrontatives Sozialkompetenztraining und das Training Empowerment Support for Youths and Adults (TESYA). Diese Dokumentation bietet Informationen zu den entsprechenden Ansätzen zur Prävention und Reduktion jugendspezifischer Gewalt in Berlin. Bestellanschrift: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstr. 47, 10179 Berlin, Tel.: 030/90 27-29 13, Internet: www.berlin-gegen-gewalt.de

Erste Nationale Konferenz für die Rechte des Kindes. Die National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention lud am 20.11.2009 zur Ersten Nationalen Konferenz für die Rechte des Kindes, die im Roten Rathaus in Berlin stattfand. Im Mittelpunkt der generationenübergreifenden Tagung stand die Entwicklung von Konzepten, um die UN-Kinderrechte zu sichern und ökologische sowie ökonomische Gefahren für die Zukunft abzuwenden. Diskutiert wurden im Einzelnen Themen wie Armutsbekämpfung, Umwelt- und Klimaschutz, egalitäre Bildungschancen, die politische Mitbestimmung von Kindern und die Schaffung eines Individualbeschwerderechts. Wünschenswert sei beispielsweise die Verankerung der im Jahr 1992 anerkannten UN-Kinderrechte im Grundgesetz, die Rücknahme der Vorbehalte in Bezug auf Flüchtlingskinder und die Etablierung eines Monitoring-Verfahrens, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen. Die Abschlusserklärung der Konferenz steht im Internet unter www.national-coalition.de. *Quelle: Pressemitteilung der National Coalition vom 20.11.2009*

► Ausbildung und Beruf

Projekt OPUs, (Online-)Pflege- und Seniorenerberatung gestartet. Der AWO Bundesverband qualifiziert in einem Projekt Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von AWO-Diens-

ten und -Einrichtungen zu Online-Pflege- und Seniorenberatern weiter. Pflegefachkräfte aus dem Altenhilfebereich, aber auch Leitungskräfte von Altentagesstätten oder Sozialberatungsstellen der AWO werden von den Seniorinnen und Senioren und deren Angehörigen zunehmend als Berater und Beraterinnen teilweise auch über Pflegethemen hinaus angesehen. Die Qualifizierung zu Online-Pflege- und Seniorenberatern soll konkrete Hilfestellung für die Beratung vor Ort geben. Die zu qualifizierenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können dabei aus dem Pflegebereich (etwa Pflegefachkräfte, Heimleitungen, Soziale Dienste), aber auch aus dem Beratungsbereich kommen. Sie werden sowohl regional, in Präsenzfortbildungen, als auch über die bereits vorhandene E-Learning-Plattform ILIAS geschult. Schwerpunkte der Ausbildung werden die Grundlagen der Erwachsenenberatung, Inhalte der Seniorenberatung und eine Anwenderschulung auf der Kommunikations- und Beratungsplattform ILIAS sein. Das Projekt wird durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), die Europäische Union und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert. Quelle: AWO Magazin Nr. 6/09 November/Dezember 2009

Grenzen-Los! Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Dokumentation zur Internationalen Vernetzungskonferenz Konstanz, 16./17. Februar 2009. Hrsg. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Selbstverlag. Stuttgart 2009, 118 S., kostenlos *DZI-D-8928*

Im Februar 2009 fand in Konstanz die erste trinationale Tagung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Die hier dokumentierten Beiträge befassen sich neben einer Betrachtung der Engagementlandschaft in den drei Ländern mit der Verbesserung des Zugangs zu bürgerschaftlichen Tätigkeiten, mit deren Bedeutung für die Kompetenzentwicklung und die interkulturelle Integration und mit den Möglichkeiten der öffentlichen und unternehmerischen Engagementförderung. Ziel der Konferenz war die Initiierung eines länderübergreifenden Erfahrungsaustausches von Fachkräften und Institutionen im europäischen Raum. Bestelladresse: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Staffenbergstr. 38, 70184 Stuttgart

Tagungskalender

15.-17.4.2010 Berlin. Zweiter Caritaskongress und Jahresempfang des Deutschen Caritasverbandes. Information: Deutscher Caritasverband e. V., Abteilung Theologische und verbandliche Grundlagen, Referat Verbandsentwicklung und -organisation, Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel.: 0761/200-408, E-Mail: Patricia.Hess@caritas.de, Internet: www.caritaskongress.de

21.4.-23.4.2010 Hofgeismar. 27. Praktikertagung: Ambulante Maßnahmen nach dem Jugendrecht. Information: DVJJ e.V., Lützeroderstr. 9, 30161 Hannover, Tel.: 0511/348 36 40 E-Mail: info@dvjj.de, Internet: www.dvjj.de.

24.4.2010 Dortmund. Jahrestagung und Mitgliederversammlung des BV-Päd. e.V. Wirkungen diagnostischer Verfahren auf Mensch und (pädagogische) Arbeit. Information: Berufsverband der Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler e.V., Dortmund, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, Tel.: 0231/84 79 63 18, E-Mail: info@bv-paed.de

5.5.2010 München. Fachtag: Desorganisiertes Leben in der eigenen Wohnung – sind das alles Messies? Information: H-TEAM e.V., Plinganserstr. 19, 81369 München, Tel.: 089/74 73 620, E-Mail: welscher@h-team-ev.de, Internet: www.h-team-ev.de

26.-27.5.2010 Hannover. Fachtagung: Ausgrenzung und Integration, Erziehungshilfe zwischen Angebot und Eingriff. Information: AFET, Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Osterstr. 27, 30159 Hannover, Tel.: 0511/35 39 9141, Email: rheinlaender@afet-ev.de

14.6.-16.6.2010 Heidelberg. 23. Kongress des Fachverbandes Sucht e.V. Information: Fachverband Sucht e. V., GCAA German Council on Alcohol and Addiction, Walramstr. 3, 53175 Bonn, Tel.: 0228/26 15 55, E-Mail: sucht@sucht.de, Internet: www.sucht.de

16.6.2010 Kassel. Betreuunggerichtstag Mitte: Die Gesundheitssorge und das 3. Betreuungsrechtsänderungsgesetz. Information: Betreuungsbehörde der Stadt Kassel, Rathaus, 34112 Kassel, Tel.: 0561/787-50 59, E-Mail: betreuungsbehoerde@stadt-kassel.de

16.-19.6.2010 Berlin. Weltkongress Inclusion International. Unter Mitwirkung der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. Information: CTW – Congress Organisation Thomas Wiese GmbH, Hohenzollerndamm 125, 14199 Berlin, Tel.: 030/85 99 62-29, E-Mail: inclusion@ctw-congress.de, Internet: www.inclusion2010.de